



GEDENKSTUNDE DES LANDTAGS VON BADEN-WÜRTTEMBERG ZUR ERINNERUNG AN DIE OPFER DES NATIONALSOZIALISMUS

im Stadthaus Ulm am 26. Januar 2018



GEDENKSTUNDE DES LANDTAGS VON BADEN-WÜRTTEMBERG ZUR ERINNERUNG AN DIE OPFER DES NATIONALSOZIALISMUS

im Stadthaus Ulm am 26. Januar 2018

Herausgeber
Landtag von Baden-Württemberg
Referat Öffentlichkeitsarbeit
Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Stuttgart

Bildnachweis
Andreas Kaier
Landtagspressestelle

Internet
www.landtag-bw.de

© 2018
Landtag von Baden-Württemberg



INHALT

- 6 Programm**
- 8 Grußwort**
Gunter Czisch
Oberbürgermeister der Stadt Ulm
- 14 Begrüßung und Gedenkrede**
Muhterem Aras MdL
Präsidentin des Landtags von Baden-Württemberg
- 24 Grußwort**
Michael Kashi
Vorstandsmitglied Israelitische Religionsgemeinschaft
Württemberg (IRGW)
- 28 Das Judentum nach der Shoah – Auswirkungen und Folgen**
Rabbiner Jehoschua Ahrens
- 37 Beitrag des Jugendzentrums HaLev (= das Herz) der IRGW**
- 38 Fotoimpressionen**



PROGRAMM

Gedenkstunde

des Landtags von Baden-Württemberg im Stadthaus Ulm

Musikstück

Julian Lehmann, Violoncello: „Kol Nidre“ von Max Bruch (1838–1920)

Klavierbegleitung: Ludmila Lissovaja

Grußwort Gunter Czisch,

Oberbürgermeister der Stadt Ulm

Begrüßung und Gedenkrede Muhterem Aras MdL,

Präsidentin des Landtags von Baden-Württemberg

Grußwort Michael Kashi,

Vorstandsmitglied der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württemberg (IRGW)

Vortrag „Das Judentum nach der Shoah – Auswirkungen und Folgen“

Rabbiner Jehoschua Ahrens

Musikstück

Annika Schaberl, Violine: „Legenda“ von Henryk Wieniawski (1835–1880)

Klavierbegleitung: Iryna Schaberl

Beitrag des Jugendzentrums HaLev (= das Herz) der IRGW

Artem Legorov, Anna Tamarkina, Samuel Traub, David Podolskiy,
Eva Schwecher, Ortal Kozminski, Oron Haim

Musikstück – Ende der Gedenkstunde

Julian Lehmann, Violoncello: „Träumerei“ von Robert Schumann (1810–1856)

Klavierbegleitung: Ludmila Lissovaja

Einladung zur Begegnung

Informationsstände der Opferorganisationen

Synagogenführung

Julian Lehmann und Annika Schaberl nahmen am
Karl-Adler-Jugendmusikwettbewerb 2017 teil.



Grußwort

Gunter Czisch

Oberbürgermeister der Stadt Ulm

Sehr geehrte Damen und Herren,
ich heiße Sie in Ulm herzlich willkommen!
Insbesondere grüße ich Sie, sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,
die Vertreterinnen und Vertreter der Israelitischen Religionsgemeinschaften
von Württemberg und Baden sowie der hier vertretenen Opferorganisationen.
Mein Gruß geht auch an die Mitglieder des Deutschen Bundestags und
des Landtags von Baden-Württemberg;
an die Vertreterinnen und Vertreter der Regierungsbezirke, der Landkreise
und anderen Kommunen.
Ich begrüße die Vertreterinnen und Vertreter der Kirchen und Religions-
gemeinschaften, der Justiz, aus Wissenschaft und Wirtschaft, von
Verbänden sowie der Bundeswehr und des konsularischen Korps.
Ich grüße Sie, liebe Ehrenamtliche und Hauptamtliche, die Sie mit Ihrer
Gedenkstättenarbeit zur Aufklärung und Erinnerungskultur beitragen,
und Sie, liebe Schülerinnen und Schüler, die Sie das Andenken an und
Wissen um unsere Geschichte weitertragen werden in die Zukunft.

Sie alle heiße ich heute in Ulm im Namen der Stadt und des Ulmer
Gemeinderats aufs Herzlichste willkommen zur zentralen Gedenkfeier des
Stuttgarter Landtags zur Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus.

Vor wenigen Minuten standen wir drüben vor der Ulmer Synagoge am
Mahnmal für die ermordeten Ulmer Juden. Dieser Stein, auf dem die
Namen der Toten zu lesen sind, führt mit erschreckender Deutlichkeit vor
Augen, wie zerbrechlich, aber auch wie schützenswert und überlebens-
wichtig für jeden Einzelnen von uns Institutionen wie Rechtsstaatlichkeit,
Religions- und Meinungsfreiheit, freie Wahlen und Gewaltenteilung
als Fundament einer offenen demokratischen Gesellschaft sind.
Auch darum brauchen wir Gedenktage wie diesen.

Der 27. Januar hat als Gedenktag noch keine lange Tradition. Wir begehen
ihn erst seit 1996. Er erinnert an alle Opfer des beispiellosen totalitären
nationalsozialistischen Regimes von 1933 bis 1945 – wir erinnern an Juden,
Christen, Sinti und Roma, Menschen mit Behinderung, Homosexuelle, politisch
Andersdenkende sowie Männer und Frauen des Widerstandes, an Wissen-



schaftler, Künstler, Journalisten, Kriegsgefangene und Deserteure, Greise und Kinder an der Front, Zwangsarbeiter und an die Millionen Menschen, die unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft entrechtet, verfolgt, gequält und ermordet wurden.

Solch ein gemeinsames Gedenken ist nicht unproblematisch. Bundespräsident Roman Herzog wird dies 1996 gewusst und bedacht haben, als er in seiner Proklamation schrieb: „Ohne gründliches Wissen um seine Geschichte kann kein Volk auf Dauer bestehen ... Die Erinnerung darf nicht enden; sie muss auch künftige Generationen zur Wachsamkeit mahnen. Es ist deshalb wichtig, nun eine Form des Erinnerns zu finden, die in die Zukunft wirkt. Sie soll Trauer über Leid und Verlust ausdrücken, dem Gedenken an die Opfer gewidmet sein und jeder Gefahr der Wiederholung entgegenwirken.“

Klug wurde als Gedenktag der 27. Januar gewählt, der Tag, an dem 1945 Soldaten der Roten Armee die Überlebenden des KZ Auschwitz-Birkenau, des größten Vernichtungslagers des Nazi-Regimes, befreiten. Wie kein anderer Name steht Auschwitz stellvertretend für die Verbrechen und den absoluten Vernichtungswillen des Nationalsozialismus.

Der Landtag von Baden-Württemberg hält seine jährliche Gedenkveranstaltung an wechselnden Gedenkortorten im Land ab. In diesem Jahr also Ulm. Warum Ulm? Vielleicht weil die Geschichte der jüdischen Gemeinde Ulm bis 1945 so typisch ist für Städte im Land? Vielleicht aber auch, weil Ulm ein positives Beispiel dafür ist, wie jüdisches Leben doch wieder möglich sein kann, dass es Hoffnung gibt und einen Neuanfang. Ich würde es mir wünschen.

Wer sich auf Spurensuche nach den frühesten Belegen jüdischen Lebens in Ulm begibt, muss bis weit ins Mittelalter zurückgehen: Erstmals nachweisbar ist eine jüdische Gemeinde in Ulm bereits in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts. Fast so alt ist aber auch die Verfolgung der Juden in Ulm: 1348/49 kam es zu einem ersten Pogrom und ab 1499 wurden aufgrund eines kaiserlichen Mandats alle Juden der Stadt verwiesen.

Mehr als 300 Jahre lang durfte sich kein Jude in Ulm niederlassen. Erst 1806 wurde das Verbot von den bayerischen Behörden aufgehoben und die ersten Juden zogen wieder in die Stadt – gegen den entschiedenen Widerstand der städtischen Behörden. Es dauerte nochmals 22 Jahre – Ulm gehörte inzwischen wieder zu Württemberg –, dass Juden auch zumindest auf dem Papier im Besitz grundlegender bürgerlicher Rechte waren. Und nochmals sieben Jahre vergingen, bis ihnen 1835 auch das aktive und passive Wahlrecht für die Wahlen zu Bürgerausschuss und Gemeinderat gewährt wurde. Die vollkommene rechtliche Gleichstellung ließ im Königreich Württemberg noch bis 1864 auf sich warten.

Jüdische Familien siedelten sich erst langsam in Ulm an. Bis 1873 waren 62 jüdische Familienoberhäupter in das Ulmer Bürgerrecht aufgenommen worden. Um 1880 dürften rund 700 Menschen jüdischen Glaubens in Ulm gelebt haben – eine angesichts der rasch wachsenden Stadtbevölkerung aber eher kleine Minderheit.

Zu denen, die sich in Ulm ansiedelten, weil sie sich ein besseres Leben erhofften, gehörten vor allem Angehörige der „Landjudengemeinden“, die es in Laupheim, Buttenhausen, Kappel und Buchau gab. Aus Buchau stammte auch die Familie Einstein. Hermann Einstein war als Kaufmann in der Bettfedernhandlung „Israel und Levi“ am Weinhof tätig.

Die Familie knüpfte in der neuen Heimatstadt schnell Kontakte und engagierte sich in der Gesellschaft. Als die jüdische Gemeinde anlässlich der 500. Wiederkehr der Grundsteinlegung des Münsters eine große Jeremiassfigur stiftete, gehörten auch Einsteins zu den Stiftern. Wir sehen das Bild einer bürgerlichen, jüdischen Familie, die sich im Zuge der Emanzipation innerhalb weniger Jahre in ihr neues Lebensumfeld integrierte, die sozusagen typisch war für das wirtschaftliche und soziale Umfeld in ihrer Zeit und ihrer Gesellschaftsschicht.

Hermann Einstein und seine Frau Pauline bekamen 1879 in Ulm ihr erstes Kind: Albert Einstein wurde am 14. März 1879 im Haus der Bahnhofstraße 20 geboren. Bereits im Juni 1880 verließ die kleine Familie zwar Ulm Richtung München, in Ulm aber blieben Großmutter, Onkel und Tanten zurück und



deren Kinder, von denen die meisten hier aufwuchsen und ihr Erwachsenenleben verbrachten. Eine ganz „normale“ Familie also – auch wenn ab Mitte der zwanziger Jahre des 20. Jahrhundert selbstverständlich der Ruhm des berühmten Cousins bis nach Ulm drang, wo zu Ehren des Nobelpreisträgers eine Straße benannt wurde.

Antisemitismus führte in dieser Welt ein Nischendasein: Es gab ihn, aber er spielte im Leben der meisten Ulmer Juden nur eine untergeordnete bis keine Rolle. Umso erschreckender und brutaler daher das eruptive Aufbrechen des längst überholt geglaubten Antisemitismus nach 1933, der viele jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger zunächst fassungslos machte. Es begann mit Diskriminierung und Ausgrenzung. Die Isolierung der Ulmer Juden vollzog sich in allen Bereichen der Gesellschaft. Die Anbiederung an das neue System – das dazu nicht einmal eine Drohkulisse aufbauen musste – zog schnell weite Kreise: Ulmer Sportvereine, aber auch Mieterverein, ADAC und Alpenverein entledigten sich ihrer jüdischen Mitglieder. Im Frühsommer 1935 verbot die Stadt ihren jüdischen Bürgerinnen und Bürgern den Besuch der städtischen Badeanstalten. Parallel dazu wurden jüdische Beamte von der Stadt entlassen, die Schaufenster jüdischer Geschäfte mit Boykottaufrufen beschmiert, erhielten jüdische Künstler Auftrittsverbot. Der Entrechtung folgte die systematische Verdrängung aus dem Wirtschaftsleben durch die Instrumente der „Arisierung“ und „Liquidierung“: Ulmer Schraubenfabrik, Nathan-Strauss-Hüttenwerke, Gabriel Lebrecht AG – die Liste ließe sich noch lange fortführen.

Dem systematischen Raub folgten Vertreibung und schließlich Deportation und Ermordung all derer, die nicht rechtzeitig fliehen oder sich in Sicherheit bringen konnten.

Die fabrikmäßig organisierte Tötung von Menschen markiert den absoluten Tiefpunkt deutscher Geschichte, das Ende dessen, was wir Zivilisation nennen, und eine Schande, die so groß ist, dass wir sie niemals vergessen dürfen. Jeder Versuch, die Verbrechen des Nationalsozialismus aus der geschichtlichen Erinnerung auszublenden, sei letztlich nur eine Form intellektueller Feigheit, sagte Roman Herzog einmal.



Kann es einen Neuanfang geben? Als sehr frühes Beispiel für die Erinnerung einer Stadt an die furchtbaren Verbrechen an ihren jüdischen Mitbürgern gab Ulms Oberbürgermeister Theodor Pfizer 1960 den Auftrag zur Erforschung der Verfolgung der Ulmer Juden. Dieser umfassenden Dokumentation folgten 1983, 1988, 1991, 1997 und natürlich im Dezember 2012 zur Einweihung der neuen Synagoge am Weinhof Einladungen der Stadt an ihre ehemaligen jüdischen Bürgerinnen und Bürger. Ja, es gibt wieder eine jüdische Gemeinde, es gibt wieder jüdisches Leben in Ulm. Jetzt sind es in der Mehrzahl Menschen, die als jüdische Emigranten, als sogenannte „Kontingentflüchtlinge“, nach Deutschland eingereist und in Ulm angekommen sind.

Ist das der Neuanfang? Ich glaube, wir alle sind sehr gespannt darauf, was Rabbiner Jehoschua Ahrens uns dazu zu sagen hat. Zuvor aber möchte ich noch das Wort weitergeben an die Präsidentin des Landtags von Baden-Württemberg, Frau Muhterem Aras.



Begrüßung und Gedenkrede

Muhterem Aras MdL

Präsidentin des Landtags von Baden-Württemberg

Lieber Herr Oberbürgermeister Czisch,

vielen Dank für Ihre Worte.

Ihr Ansatz, uns die Geschichte der Einsteins in Erinnerung zu rufen, trifft den Kern unseres heutigen Gedenkens.

Die Geschichte der Familie Einstein handelt von Menschen, die in der Mitte der Gesellschaft standen. Von Menschen, die brutal aus immer mehr Bereichen der Gesellschaft ausgeschlossen wurden.

Von Menschen, die schließlich deportiert und ermordet wurden. Heute erinnern in Ulm mehrere Stolpersteine an ihr Schicksal.

Liebe Gäste,

wir gedenken heute der Opfer des Nationalsozialismus. Dabei fällt den meisten von uns sofort Auschwitz und der Holocaust ein.

Das Beispiel der Familie Einstein macht uns aber bewusst: Es begann nicht mit dem Bau von Konzentrationslagern und Gaskammern. Es begann mit einem „Wir gegen die“. Es begann mit Verachtung und Hass. Und es begann mit Menschen, die meinten, das alles beträfe sie nicht. Und mit Bürgerinnen und Bürgern, die blind wurden gegenüber der Ausgrenzung der anderen.

Meine Damen und Herren, wir sollten uns daher im Gedenken immer mit der grundsätzlichen Frage nach den Ursachen von Ausgrenzung auseinandersetzen.

Veranstaltungen wie diese richten den Blick auch auf das Jetzt und in die Zukunft.

Sie haben unmittelbare Relevanz für mich, für Sie, für uns alle. In diesem Geist gestalten wir – mit den Vertreterinnen und Vertretern der Opfergruppen die Gedenkstunde.



Für die gute Zusammenarbeit bin ich den Beteiligten außerordentlich dankbar. Einige möchte ich stellvertretend namentlich begrüßen:

- für die Israelitische Religionsgemeinschaft Württembergs die Vorstandsmitglieder Frau Jakubowski und Herrn Kashi,
- für die Israelitische Religionsgemeinschaft Baden Herrn Vorsitzenden Suliman.
- Ein herzliches Willkommen gilt zudem den Landesrabbinern Herrn Wurmser und Herrn Flomenmann sowie Herrn Rabbiner Trebnik und Herrn Rabbiner Ahrens.

Weiter begrüße ich:

- für den Landesverband der Sinti und Roma Herrn Vorsitzenden Strauß,
- für die Glaubensgemeinschaft der Zeugen Jehovas Herrn Slupina,
- für die Gruppe der politisch Verfolgten begrüße ich vom Verein der Verfolgten des Naziregimes die Landesgeschäftsführerin Frau Kluge,
- für die Gruppe der wegen ihrer sexuellen Orientierung Verfolgten begrüße ich Herrn Weiss,
- für den Bund der Jenischen in Deutschland begrüße ich Herrn Flügler.

Für den Landtag begrüße ich meinen Kollegen Herrn Vizepräsident Klenk.

Für die Fraktionen begrüße ich stellvertretend Herrn Fraktionsvorsitzenden Gögel, AfD, Herrn Fraktionsvorsitzenden Stoch, SPD, Herrn stv. Fraktionsvorsitzenden Mack, CDU.

Ich begrüße die Ulmer Abgeordneten Herrn Filius von den Grünen und Herrn Rivoir, SPD, für die FDP/DVP begrüße ich Herrn Dr. Bullinger.



Bitte haben Sie Verständnis, dass ich am heutigen Tage die weitere Begrüßung knapp halte.

Ich freue mich, dass zahlreiche Kolleginnen und Kollegen aus dem Bundestag gekommen sind. Ich begrüße die Vertreter der evangelischen und katholischen Kirche. Ich begrüße das konsularische Korps, vertreten sind: Israel, Kroatien, Türkei, Ungarn.

Mein Gruß gilt auch den Vertretern der Ministerien, der Justiz, der Verbände und Institutionen.

Den Jugendlichen des Jugendzentrums HaLev sowie den Musikerinnen und Musikern, die die Veranstaltung begleiten, danke ich jetzt schon herzlich.

Liebe Gäste, Ihnen allen vielen Dank für Ihr Kommen und für das so wichtige Zeichen, das Sie damit setzen.

Ein Zeichen, dass wir zusammenstehen in der Zurückweisung von altem und neuem Antisemitismus.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wer immer noch geglaubt hat, der Hass auf Juden sei ein überwundenes Phänomen, der sollte – angesichts der verstörenden Bilder einer Berliner Demonstration im vergangenen Monat – nachdenklich geworden sein.

Äußerer Anlass der Proteste war die Entscheidung von US-Präsident Trump, die Botschaft seines Landes nach Jerusalem zu verlegen. Die Freiheit, gegen jede Regierung dieser Welt zu demonstrieren, ist ein hohes Gut – und wir stellen sie nicht in Frage.

Nicht Kritik erschreckt uns, sondern der tiefe Hass gegen Juden.

Nicht weit vom Holocaust-Mahnmal hat er sich in gewaltverherrlichenden Sprechchören geäußert. Das Verbrennen einer Flagge mit jüdischen Symbolen hat sicher nicht nur bei mir Beklemmung und Sorge ausgelöst.



Ich bin davon überzeugt: Diese Demonstranten repräsentieren nicht die friedliche Mehrheit der Muslime in unserem Land. Aber Gewalt und Hass wurden immer wieder von kleinen Gruppen vorangetrieben.

Wir müssen leider davon ausgehen, dass solche Gruppen auch weiterhin vor allem junge Menschen erreichen.

Wir müssen diesem Wirken, diesem Missbrauch von Religion mit aller Entschiedenheit Einhalt gebieten. Dabei sollten wir allen Versuchen, antisemitische Ausfälle zu nutzen, um eine islamfeindliche Stimmung zu erzeugen, einen Riegel vorschieben.

Auf „Hass auf Juden“ darf nicht „Hass auf Muslime“ folgen. Islamophobie urteilt pauschal über Menschen aufgrund ihres Glaubens. Das kann keine Antwort auf Antisemitismus sein. Hass auf Juden ausschließlich oder vorrangig bei Zuwanderern und Muslimen zu verorten, verstellt zudem den Blick darauf, wie tief dieser Hass leider immer noch in unserer Gesellschaft verankert ist.

Vergangenen Monat erregte ein Video große Aufmerksamkeit in sozialen wie klassischen Medien. Schauplatz war erneut Berlin. Vor einem israelischen Restaurant wurden der Besitzer und seine Freundin minutenlang von einem älteren Deutschen beschimpft. Es fallen Worte wie „Wir wollen euch hier nicht“, „Du kriegst deine Rechnung“. Und es fällt das Stichwort „Gaskammer“.

In den Medien berichteten die Betroffenen, dass solche Angriffe fast täglich passieren und intensiver werden.

Ich zitiere die beiden Betroffenen: „Der Mann fühlte sich völlig sicher. Die Täter verlieren ihre Scham, weil sie denken, sie könnten ihr wahres Gesicht hinter dem Begriff einer ‚legitimen Israelkritik‘ verstecken. Doch am Ende bleibt es nur blanker Hass.“ (Zitat Ende)

Dieser Hass ist Gift für die gesamte Gesellschaft. Studien belegen, dass zwischen Antisemitismus und anderen Formen gruppenbezogener

Menschenfeindlichkeit ein enger Zusammenhang besteht.

Menschen mit Vorurteilen oder gar Hass gegen Jüdinnen und Juden verachten signifikant häufiger auch Roma und Sinti, Zuwanderer, Menschen mit Behinderungen oder sexuelle Minderheiten.

Sie lehnen auch häufiger die Gleichberechtigung von Frauen, die repräsentative Demokratie und auch plurale Medien ab.

Hass wird niemals satt.

Wer heute Antisemiten Räume überlässt, schafft morgen neue Opfer und kann übermorgen selbst zum Opfer werden. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in all ihren Ausprägungen richtet sich gegen die Grundwerte unseres demokratischen Gemeinwesens. Unser Grundgesetz ist auf Vielfalt angelegt. Der Geist des Grundgesetzes ist der des gegenseitigen Respekts. Sein Leitgedanke ist Toleranz in seiner ursprünglichen Definition. Nämlich den Mut aufzubringen, Unterschiede zu akzeptieren.

Liebe Gäste,

wenn wir heute der Opfer des Nationalsozialismus gedenken und uns gemeinsam gegen Antisemitismus stellen, dann schützen wir also nicht nur das jüdische Leben in unserer Mitte.

Wir schützen damit auch die Grundlagen unserer freiheitlichen Gesellschaft.

Manchmal habe ich das Gefühl, dass die lange Phase von Frieden und Sicherheit bei manchen dazu geführt hat, dass sie sich der Errungenschaften unserer Demokratie, der Werte unseres Grundgesetzes nicht mehr bewusst sind.

Aber gerade diese Errungenschaften sind es, die Frieden und Sicherheit für alle erst möglich machen. Langfristig sichern werden wir sie, wenn



wir unsere Grundwerte zum zentralen Thema des gesellschaftlichen Gesprächs machen – um uns ihrer zu versichern und um andere für sie zu begeistern.

Rütteln wir also diejenigen wach, von denen ich am Anfang gesprochen habe: die Gleichgültigen, die, die sich nicht betroffen fühlen.

Aktuell sehe ich dabei eine doppelte Aufgabe: Wir müssen dem Antisemitismus, den es in der deutschen Gesellschaft seit Langem gibt, entgegen-treten. Und wir müssen Zuwanderern klar vermitteln: Ihr seid uns willkommen als Menschen, auch als Glaubende verschiedener Religionen, als neu Hinzugekommene, als hier Geborene, als Eingebürgerte.

Aber Antisemitismus, Verschwörungsmythen und Gewaltbereitschaft wollen und werden wir hier nicht dulden.

Ich sage dies bewusst als Deutsche mit Migrationsgeschichte: Es sind eben nicht nur diejenigen zur Auseinandersetzung mit der unheilvollen Geschichte aufgerufen, deren Vorfahren zur NS-Zeit hier lebten.

Ich sage ganz bewusst: Wer in Deutschland leben, wer Deutsche oder Deutscher sein will, darf sich nicht vor der Geschichte und Verantwortung unseres Landes wegduckeln!

Dieses Thema geht uns alle an.

Gedenkkultur sollte deshalb bereits alle Kinder in unseren Schulen erreichen – völlig unabhängig davon, woher ihre Vorfahren stammen. Ich freue mich daher, dass wir heute viele Schülerinnen und Schüler zu Gast haben. Euch allen nochmals ein herzliches Willkommen.

Meine Damen und Herren,

in Gedenkkultur steckt immer auch die Herleitung unserer Werte.



Unser Grundgesetz ist nicht vom Himmel gefallen. Seine Normen ziehen in wesentlichen Teilen die Lehre aus der Katastrophe des Nationalsozialismus.

Die Beschäftigung mit den dunklen Teilen unserer Vergangenheit gehört zu Deutschland, zum Verständnis der deutschen Gesellschaft und damit auch zur Integration in Deutschland.

Erinnerungskultur wird daher auch in Zukunft enorm wichtig bleiben.

Sie ist ausgerichtet auf die Würde des Einzelnen und den Schutz von Minderheiten. Sie stiftet damit Zusammenhalt in Vielfalt.

Die Voraussetzungen für eine positive Erinnerungskultur sind gut. Gedenkarbeit, ihre Bildungsangebote und deren Verzahnung mit den Schulen liegen in der Verantwortung des Landes und der Kommunen.

Beide Seiten haben ihre Anstrengungen in den vergangenen Jahren erhöht – auch ihre finanziellen.

Ich danke insbesondere den engagierten haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Opferverbände und unserer Gedenkstätten. Darüber hinaus wird auf Bundes- und Länderebene aktuell über die Benennung von Antisemitismus-Beauftragten diskutiert.

Auch in Baden-Württemberg.

Ich begrüße die Idee, eine Struktur zu schaffen, die Ansätze aus Schulen, der Wissenschaft, die Integrations-, Präventions- und Polizeiarbeit miteinander verbindet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, abschließend ist mir eines wichtig: Das NS-Regime hat unendliches Leid gebracht. Doch es ist ihm nicht gelungen, die Vielfalt in unserer Gesellschaft auszulöschen.

Jüdisches Leben, Roma und Sinti, Jenische, Homosexuelle, Menschen mit Behinderungen, mutige Künstlerinnen und Journalisten, engagierte Demokraten, Migranten, Kinder aus interkulturellen Familien – sie und



viele andere gehören heute selbstverständlich zu unserer Gesellschaft. Sie sind Teil des kulturellen Reichtums unserer Bundesrepublik.

Ein starkes Symbol für diese Vielfalt hat die israelitische Gemeinde kürzlich in den Landtag gebracht. Dort haben Abgeordnete die Thorarolle der Ulmer Synagoge teilvervollendet – gemeinsam mit kirchlichen und muslimischen Vertretern. Als Juden, Christen, Muslime, als Anders- und Nichtgläubende haben wir gemeinsam Zeichen der Thora vollendet. Wir haben damit Zeichen gesetzt für die gemeinsame Geschichte einer guten Zukunft!

Mir ist bewusst, dass es Menschen gibt – und vielleicht auch immer geben wird –, die sich von Vielfalt überfordert oder gar bedroht fühlen. Die richtige Antwort darauf kann meines Erachtens aber nicht in Abschottung oder Ausgrenzung liegen. Abschottung und Ausgrenzung zerstören eine gemeinsame Vorstellung davon, was Heimat ausmacht und für uns bedeutet.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt entsteht nicht, wenn man ihn in abgekapselten, homogenen Gruppen sucht. Eine solche Gesellschaft zerfällt in auseinanderdriftende Milieus, die sich wechselseitig als Bedrohung empfinden. So wird die vorhandene Unsicherheit in der Bevölkerung im Ergebnis nur verstärkt.

In einer gespaltenen Gesellschaft, einer Atmosphäre des „Wir gegen die“ gehen die gemeinsamen „Zeichen“, gehen die „kulturellen Codes“ verloren.

Die einen fühlen sich in der Umgebung der anderen fremd und unsicher. Die richtige Antwort auf das Gefühl der Unsicherheit finden wir dann, wenn wir den Sinn für das Gemeinsame mit dem Respekt für das Verschiedene verbinden!

Sehr geehrter Herr Rabbiner Ahrens,

Ihnen und vielen Mitstreitern ist dazu ein Schritt gelungen, der Widerhall bis New York, Jerusalem und Rom gefunden hat. Die maßgeblich von Ihnen initiierte rabbinische Erklärung „Den Willen unseres Vaters im Himmel tun“ ist vor allem eine eindrückliche Würdigung des Dialoges zwischen Juden und Christen.



Es ist ein Dokument der Versöhnung und des gemeinsamen Engagements gegen jede Form der Menschenverachtung. Die Erklärung zeigt, dass sich die Verhältnisse zwischen den Religionen bessern können.

Nun gehören theologische Urteile nicht zu meinen Aufgaben als Landtagspräsidentin. Aber mir ist sehr positiv aufgefallen, dass Sie in dieser Erklärung die Verschiedenheit der Religionen und Weltanschauungen würdigen – und dabei gleichzeitig die Bedeutung eines gemeinsamen Fundamentes unterstreichen.

So formulierten Sie:

„Wir glauben, dass Gott viele Boten nutzt, um Seine Wahrheit zu offenbaren, während wir die fundamentalen ethischen Verpflichtungen aller Menschen vor Gott bestätigen, die das Judentum stets durch den universellen Bund Noahs gelehrt hat.“ (Zitat Ende)

Tatsächlich gehört die Geschichte von Noah und dem weltumspannenden Bund im Symbol des Regenbogens nicht nur zum Überlieferungsschatz des Alten Testaments. Sie wird in verschiedener Weise auch in islamisch geprägten Gesellschaften erzählt und gefeiert.

Ich danke Ihnen, Herr Rabbiner Ahrens, für diese Initiative. Sie hat auch für unser heutiges Gedenken einen hohen Symbolgehalt. Sie greift den Geist auf, im gemeinsamen Gespräch zu entdecken, was Religionen und Weltanschauungen aus ihren eigenen Quellen schöpfen können, um Frieden und Freiheit zu sichern und allen Formen der Menschenverachtung entgegenzutreten.

Lassen Sie uns gerade auch im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus vermitteln, dass wir Vielfalt auf Basis gemeinsamer Werte nicht fürchten, sondern schätzen und leben. Lassen Sie uns öffentlich sichtbar machen, dass Gedenken keine Schande ist – sondern dass es eine Schande wäre, sich den Lehren der Geschichte zu verweigern. Ich danke Ihnen allen für Ihr Engagement und Ihre Aufmerksamkeit!



Grußwort

Michael Kashi

Vorstandsmitglied der IRGW

Kwod harabanim!

Sehr geehrte Landtagspräsidentin Frau Aras,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Czisch
sehr geehrte Abgeordnete des Landtags,
sehr geehrte Damen und Herren,

es freut mich, als Vertreter der Israelitischen Religionsgemeinschaft
Württembergs, sehr, Sie begrüßen zu dürfen.
Besonders grüßen möchte ich Sie auch im Namen meiner
Vorstandskolleginnen Barbara Traub und Susanne Jakubowski.

Genau 73 Jahre ist es her, dass sich die Tore von Auschwitz öffneten.
73 Jahre ist es her, dass sich die Fesseln jener lösten, die in den
Wochen zuvor noch in „Todesmärschen“ durch das kollabierende
„Tausendjährige Reich“ getrieben wurden.

Sechs Millionen Juden waren ermordet worden in Gaskammern; ermordet
durch Sklavenarbeit; ermordet, indem man ihnen alles nahm, was zum
Leben notwendig ist. Ja, im KZ „starb“ man nicht, sondern man wurde
ermordet. Vorsätzlich. Als „Vernichtung durch Arbeit“. Vollkommen sinnlos.

Man schätzt, dass sich darunter anderthalb bis zwei Millionen
Kinder und Jugendliche befanden.

*„Es ist Zeit, einen Schlussstrich zu ziehen!“ „Wird man denn niemals
aufhören, uns das unter die Nase zu reiben?“ ...*

Ja meine Damen und Herren, das hören wir heute ständig.
Sie kennen die Abgründe, die sich da auftun können.
Unter anderem auch im Landtag.

Nein, es geht nicht darum, dass irgendjemand irgendjemandem etwas
„unter die Nase reibt“, sondern das gemeinsame Erinnern ist für uns
letztlich ein Wegweiser in eine bessere Zukunft. Es ist eine Art Einbahn-
straßenschild, welches uns sagt, wo wir einmal waren und wo wir niemals
wieder hinkommen wollen.

Sie können nichts dafür, was damals geschehen ist. So wenig, wie ich etwas dafür kann. Und weder Sie noch ich können jemals das Unrecht ungeschehen machen, was damals geschah. Aber wir können diesen Menschen gemeinsam die Ehre erweisen. Indem wir an sie denken. Ab und an, z. B. heute, am 26. Januar. Ich danke Ihnen von Herzen. Im Namen all derjenigen, die damals nicht zurückgekommen sind. Schalom.



Julian Lehmann (Violoncello), am Klavier begleitet von Ludmila Lissovaja

Haben 2017 erfolgreich beim Karl-Adler-Jugendmusikwettbewerb teilgenommen: Julian Lehmann (li.) und Annika Schaberl (2. v. re.)





VORTRAG

„Das Judentum nach der Shoah – Auswirkungen und Folgen“

Rabbiner Jehoschua Ahrens

Kvod HaRabbanim!

Sehr verehrte Frau Landtagspräsidentin,
sehr verehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr verehrte Abgeordnete von Landtag und Bundestag,
sehr geehrte Damen und Herren,
und heute ganz besonders, liebe Jugendliche, die hier sind und mitwirken,

der 27. Januar 1945 ist mehr als ein Datum. Der 27. Januar 1945 ist mehr als die Befreiung der wenigen Überlebenden von Auschwitz durch die Rote Armee. Der 27. Januar 1945 ist ein Scheidepunkt für die deutsche Geschichte, ja für die Geschichte der Menschheit, der in eine Zeit vor Auschwitz und eine Zeit nach Auschwitz. Nie vorher und nie wieder danach gab es einen solchen Genozid, eine solche Fabrik des Todes.

1945 war auch das Jahr des Kriegsendes, aber damit nicht nur das Jahr der deutschen Kapitulation, sondern auch das Jahr eines anderen Endes, wie es Rabbiner Leo Baeck so tragisch, aber passend, formulierte: „Die tausendjährige Geschichte des deutschen Judentums ist zu Ende.“ Trotzdem gab es wieder Juden in Deutschland, auch nach 1945. Die wenigstens kamen allerdings freiwillig und die wenigstens blieben dauerhaft. Und von den deutschen Juden kamen nur ganz wenige aus dem Exil zurück. Die meisten Juden waren so genannte DPs, Displaced Persons, aus Osteuropa, meist aus Polen, die vor den schlimmen Zuständen und dem militanten Antisemitismus flohen und eigentlich nach Israel wollten oder in die USA oder England, aber nach Israel durften sie nicht, denn das war noch unter dem britischen Mandat und andere Länder wollten sie nicht. Auch ein Teil meiner Familie kam aus Lettland und Polen 1945 nach Deutschland. Wie bei den meisten Flüchtlingen waren praktisch alle Angehörigen tot. Ein schwieriger Neubeginn. Über 90 Prozent der 250.000–300.000 DPs verließ dann Deutschland 1948 in Richtung der alt-neuen Heimat Israel. Zurück blieben weniger als 20.000 Juden, die zu schwach waren, um wieder einen Neuanfang zu machen, oder aus sonst einem Grund in Deutschland, dem Land der Täter, hängen geblieben waren. Und ich denke, Sie hören hier schon raus: Einen großen Kontakt zur nichtjüdischen Umwelt gab es nicht und sehr positiv schätzte man sie auch nicht ein. Und die Koffer waren sprichwörtlich gepackt.



Dieter Graumann, der ehemalige Präsident des Zentralrats der Juden, sprach von „Liquidationsgemeinden“. Ein passender Begriff, denn die Jungen gingen weg aus Deutschland und irgendwann würde es dann eben vorbei sein mit jüdischen Gemeinden in Deutschland. Die Zahl der Juden stagnierte unter 20.000, eine Zahl, die man nicht mal in Promille, geschweige denn in Prozent von der Gesamtbevölkerung abzeichnen könnte.

Doch im Laufe der Jahrzehnte änderten sich zwei wichtige Faktoren: Deutschland änderte sich. Ab den späten 60ern und dann in den 70ern und 80ern und eigentlich seitdem weiterhin hat sich die deutsche Gesellschaft ihrer Vergangenheit gestellt und die Geschichte in vielfältiger Art und Weise aufgearbeitet. Das hat das Vertrauen geschaffen über die Jahre – und die Basis für die zweite Veränderung: Deutschland war wieder bereit für und unterstützte ganz aktiv wachsende jüdische Gemeinden in Deutschland durch das Kontingentflüchtlingsgesetz (ein typisch deutscher Ausdruck), also ein De-facto-Einwanderungsgesetz für Juden aus der ehemaligen Sowjetunion. Nun musste auf einmal die Minderheit die Mehrheit der Neuzuwanderer in die jüdischen Gemeinden integrieren. Jetzt, nach ungefähr 25 Jahren Zuwanderung, muss ich sagen: Es ist sehr gut gelungen. Seitdem – und wer hätte das vor 30 Jahren auch nur ahnen können – gibt es auf einmal wieder ein pulsierendes jüdisches Leben in Deutschland, mit vielen Gemeinden, mit Kultur, mit einer aktiven Jugendarbeit, mit jüdischen Kitas und Schulen, mit Rabbinerseminaren u. v. m. Es ist immer noch nicht das deutsche Judentum, das es einmal war, und immer noch ist die Zahl der Juden mit 100.000–200.000 sehr klein, aber es gibt jüdisches Leben in Deutschland.

Aber wie geht es weiter? Und brauchen wir für die Zukunft überhaupt noch einen 27. Januar?

Roman Herzog, damals Bundespräsident, der den 27. Januar als Gedenktag in Deutschland einführte, wünschte sich 1996 in einer Rede vor dem Bundestag, „dass der 27. Januar zu einem Gedenktag des deutschen Volkes, zu einem wirklichen Tag des Gedenkens, ja des Nachdenkens wird. Nur so vermeiden wir, dass er Alibi-Wirkungen entfaltet, um die es uns am allerwenigsten gehen darf. Eine Kollektivschuld des deutschen Volkes an

den Verbrechen des Nationalsozialismus können wir (...) nicht anerkennen ... Aber eine kollektive Verantwortung gibt es ... Sie geht in zwei Richtungen: Zunächst darf das Erinnern nicht aufhören; denn ohne Erinnerung gibt es weder Überwindung des Bösen noch Lehren für die Zukunft. Und zum andern zielt die kollektive Verantwortung genau auf die Verwirklichung dieser Lehren, die immer wieder auf dasselbe hinauslaufen: Demokratie, Rechtsstaat, Menschenrechte, Würde des Menschen.“

Und genau darum muss es gehen beim Gedenken zur Schoah, zum Holocaust. Zu erkennen, dass diese Katastrophe und alles, was damit verbunden war, nicht nur das jüdische Volk getroffen hat, sondern Deutschland als Ganzes.

Zum einen waren deutsche Juden Bestandteil dieser Gesellschaft, Teil der deutschen Geschichte, Teil dessen, was Deutschland ausgemacht hat und ausmacht, in Wissenschaft, Kunst & Kultur, Wirtschaft, Politik usw. Juden haben Deutschland mitgeprägt, und das seit mindestens 1000 Jahren. Abseits von statistisch Erfassbarem schlug sich das sicherlich auch in einem Lebensgefühl nieder. Deutschland hat durch die Judenvernichtung einen Teil seines eigenen Selbstverständnisses verloren.

Zum anderen, und das ist vielleicht noch wichtiger, zeigt die Gedenkkultur den Umgang mit der Geschichte und mit Minderheiten heute, den Grad der Demokratie in Deutschland, ist also die Richtschnur der eigenen Werte.

Bitte lassen Sie mich das etwas weiter ausführen. Nach dem Nationalsozialismus hat sich Deutschland radikal neu erfunden. Das hat zwar Jahrzehnte gedauert und es war kein einfacher Prozess, aber Deutschland hat es geschafft, sich von der Diktatur zu lösen und wieder bewusst an andere Traditionen der deutschen Geschichte anzuknüpfen, wie beispielsweise 1848 oder die Weimarer Republik. Das auch im Bewusstsein, dass Diktatur und Krieg nicht nur anderen geschadet haben, sondern ganz eminent auch dem deutschen Volk selbst. Demokratie und Freiheit haben Deutschland gut getan, haben Deutschland stark gemacht und zu einem Land mit Stabilität, Frieden und Wohlstand. Das ist ein Deutschland, bei dem ich voller Überzeugung sagen kann, dass ich stolz darauf bin; und ich wünsche mir, dass wir alle als Deutsche darauf stolz sind, in einem demokratischen und freien Deutschland zu leben.



Wenn heute die Rechtspopulisten behaupten, dass sie angeblich Deutschland und die deutschen Werte retten wollen, dann ist das Quatsch, sie wollen Deutschland nicht retten, sie wollen Deutschland, so wie wir es kennen abschaffen, sie wollen die deutschen Werte, so wie wir sie kennen, weghaben.

Und es ist kein Zufall, dass die Rechten als eines der ersten Dinge die Erinnerungskultur in Frage stellen, von einem „Denkmal der Schande“ sprechen oder, wie hier in Baden-Württemberg Wolfgang Gedeon, gar den Holocaust leugnen. Genau hier entlarven sie sich, die sich hinter bürgerlicher Fassade zu tarnen versuchen. Sie wollen nämlich gar nicht die Lehren ziehen, die der damalige Bundespräsident Roman Herzog angesprochen hatte. Sie wollen gar nicht die deutschen Werte wie Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte oder Würde des Menschen, weil es ihrem Gesellschaftsbild widerspricht. Sie wollen an eine Vergangenheit anknüpfen, die wir alle schon längst überwunden glaubten.

Die Erinnerungskultur ist daher der Gradmesser der Demokratie und Freiheit in Deutschland. Und deshalb hören wir ganz genau hin. Das haben wir aus der Geschichte gelernt. Der SS-Gruppenführer Werner Best hielt 1942 eine Rede vor SS-Führern und sagte unter anderem: „Die Judenfrage ist das Dynamit, mit dem wir die Bunker sprengen, in denen die letzten liberalistischen Heckenschützen sich noch eingenistet haben. Die Völker, welche ihre Juden preisgeben, geben damit ihre bisherige verjudete, von falschen Freiheitsidealen bestimmte Lebensform preis. Sie können nun erst in den Kampf um eine neue Welt eingegliedert werden.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wer seine Juden preisgibt, wer also seine Minderheiten, egal ob wegen Religion, politischer Weltanschauung, Hautfarbe, sexueller Orientierung oder warum auch immer, preisgibt, wer also seine eigenen Mitbürgerinnen und Mitbürger preisgibt, der gibt sein Land auf, der gibt seine Werte auf, der will Deutschland nicht bewahren, der will Deutschland abschaffen.



Deshalb müssen wir uns mit aller Kraft einsetzen für unsere deutschen Werte, für Freiheit und Demokratie, für Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und die Würde *aller* Menschen. Dafür lohnt es sich einzustehen, nicht nur im Interesse der Minderheiten, sondern im Interesse der *ganzen* Gesellschaft.

Wir stehen heute wieder an einem Scheidepunkt in der deutschen Geschichte. Einerseits bleiben die Herausforderungen und vielleicht werden sie noch schwieriger: die Infragestellung der Demokratie durch den Populismus, die Frage von Sicherheit und Antisemitismus und dadurch die starke Verunsicherung seitens der jüdischen Gemeinden, das Verhältnis zu Israel, das uns sehr am Herzen liegt, die Frage der Zukunft der Erinnerungskultur nach der Generation, die das miterlebt hat und als Zeitzeugen aktiv ist, usw.

Andererseits sind wir uns heute so nahe wie wohl nie in der langen deutsch-jüdischen Geschichte. Zum ersten Mal begegnen sich heute Deutsche verschiedener Religionen und Konfessionen auf Augenhöhe. Als jüdische Gemeinden arbeiten wir eng und partnerschaftlich mit Staat, Behörden, Institutionen, Verbänden, Schulen usw. zusammen. Das dürfen wir nicht zu gering schätzen. Dieter Graumann hat einmal gesagt: „Wenn die Juden den Deutschen ihr Schicksal wieder anvertrauen, dann ist das ein Kompliment.“ Das kann ich nur unterstreichen. Wir vertrauen dem Staat und der Gesellschaft und zu Recht, denn der Staat und die Gesellschaft geben uns auch allen Grund dafür – drei Generationen nach Auschwitz, nach dem 27. Januar 1945; das ist nicht wenig, was wir gemeinsam erreicht haben. Gerade unseren Jugendlichen sollte bewusst werden, dass wir eine historische Gelegenheit haben, echte Chancen und Möglichkeiten, das Miteinander von Minderheit und Mehrheit weiter zu festigen und zu normalisieren.

Aber welchen Weg wird unsere Gesellschaft gehen? Den Weg des Rechtspopulismus und Nationalismus im engen Sinn? Mit einer Spaltung unserer Gesellschaft in „erwünscht“ und „unerwünscht“?



Oder weiterhin den Weg der bundesrepublikanischen Tradition von Demokratie, Freiheit und Würde aller Menschen? Nicht mit Hetze von Staat und Gesellschaft, sondern Garantie der freien Entfaltung, nicht Verfolgung und Rechtlosigkeit, sondern Sicherheit und Rechtssicherheit durch den Staat und seine Behörden.

Was ich mir wünsche, ist eine Einheit in der Vielfalt unserer Gesellschaft, eine echte Akzeptanz und Normalisierung des Andersseins.

Normalisierung, das klingt zugegebenermaßen auch etwas gefährlich. Lassen Sie mich erklären, was ich damit meine.

Ich war unter anderem Gemeinderabbiner in Düsseldorf. Die jüdische Gemeinde dort hat 7000 Mitglieder, aber Schätzungen zufolge gibt es wesentlich mehr Jüdinnen und Juden in Düsseldorf, vielleicht bis zu 15000. Damit ist Düsseldorf nicht nur die einzige Großstadt Deutschlands, in der mehr Juden leben als vor der Schoah, sondern ca. 2 Prozent der Stadtbevölkerung sind jüdisch. Das ist immer noch sehr wenig, aber wenn jeder 50. Bewohner jüdisch ist, bedeutet das trotzdem, dass Sie tagtäglich mit Juden zu tun haben in Düsseldorf. Vielleicht bemerken Sie das nicht, weil wir eben entgegen der Rassentheorie der Nazis nicht als solche erkennbar sind, aber Ihre Ärztin, der Mann vor Ihnen an der Supermarktkasse, das Mädchen neben Ihnen im Bus sind vielleicht jüdisch. Diese „kritische Masse“ führt also zwangsläufig zu Begegnung und es gibt dazu viele Geschichten, wie die eines 13-jährigen Jungen meiner Gemeinde, der in seinem lokalen Verein Fußball spielte. An seiner Bar Mizwa waren seine Freunde vom Fußball in der Synagoge und zur Konfirmation war er bei seinen Freunden in der Kirche. Die Jungs kannten sich, mochten sich, waren befreundet und es war völlig egal, dass der eine evangelisch, der andere jüdisch, katholisch, muslimisch, konfessionslos oder was auch immer war. Das spielte keine große Rolle. Die Verschiedenheit wurde positiv und als interessant und bereichernd verstanden.

Das ist die Normalisierung, die ich mir wünsche.

Ich möchte noch gerne ein anderes Beispiel geben: Ich werde oft gefragt, ob ich mit Kippa auf der Straße laufe. Und meine Antwort ist: manchmal ja und manchmal nicht. Manchmal habe ich eine Mütze drüber, weil es

kalt ist oder die Sonne stark scheint oder einfach so. Angst habe ich nie, auch wenn es immer mal wieder zu verbalen Abfälligkeiten mir gegenüber gekommen ist, aber ich mache mir da keine großen Sorgen. Was mir aber tatsächlich auffällt, ist, dass viele Menschen auf einmal ganz verändert sind, wenn ich mit Kippa komme. Sie reagieren auf einmal komisch, fast schon verkrampft, wissen nicht, wie sie sich verhalten sollen, versuchen krampfhaft, ganz normal zu wirken, oder sie schauen ganz komisch, starren eigentlich schon fast, so als wollten sie sichergehen, dass da tatsächlich eine Kippa auf dem Kopf ist, dass sie sich das nicht einbilden. All das zeigt, wie ungewöhnlich es eben immer noch ist, in Deutschland mit einer Kippa herumzulaufen.

Ich habe in England studiert und gearbeitet und war oft in London. Wenn Sie dort mit einer Kippa rumlaufen, dann interessiert das niemanden, das tangiert die Leute überhaupt nicht. Das gleiche gilt aber auch für einen Sari, einen Turban, ein Kopftuch, ein Blumenkleid oder was auch immer. Und all diese Kleidung sieht man auch ständig in London, das ist vielleicht der Unterschied zwischen London und deutschen Großstädten. Es ist dort einfach normal. Bei uns leider noch nicht. Vielleicht gibt es auch generell mehr Vorbehalte bei uns, seine Religion, Tradition oder Kultur nach außen zu zeigen.

Eine solche Normalisierung würde ich mir wünschen.

Aber wie geht es weiter, angesichts eines wachsenden Antisemitismus, rechter Parolen, Angriffen auf unsere Demokratie, Asylbewerber mit staatsindoktriniertem Juden Hass, als Antizionismus getarntem Antisemitismus usw.?

Stehen wir am Ende heute, am 27. Januar 2018, dort, wo wir am 27. Januar 1945 gestanden haben?

Müssen wir als Juden heute vielleicht doch wieder die Koffer packen?

Dazu sage ich ganz klar: Nein! Wir sind noch nicht an diesem Punkt, noch lange nicht an diesem Punkt. Der 27. Januar 2018 unterscheidet sich diametral vom 27. Januar 1945.

Auschwitz ist ein Symbol für staatlich organisierte Entrechtung, Verfolgung und Vernichtung der Juden. Heute, im Januar 2018, wissen wir den Staat



auf unserer Seite, stehen die demokratischen Parteien und Sie alle hier zu uns. Bitte seien Sie sich gewiss, sehr verehrte Abgeordnete der demokratischen Parteien und sehr geehrte Damen und Herren, dass Ihr Einsatz für jüdisches Leben in Deutschland, gegen Antisemitismus und für die Sicherheit unserer Gemeinden für uns keine Selbstverständlichkeit ist. Ich möchte Ihnen, die Sie heute hier sind, und allen, die das möglich machen, dafür meinen tiefen Dank aussprechen.

Die Herausforderungen, vor denen wir stehen, sind da und sie sind vielfältig, aber wenn Sie, wenn wir, wenn es die übergroße Mehrheit der Menschen in unserem Land will – und dessen bin ich überzeugt –, dann werden wir diese Herausforderungen gemeinsam, als eine Gesellschaft, meistern. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.



Beitrag des Jugendzentrums HaLev (= das Herz) der IRGW

David Podolskiy, Samuel Traub, Artem Legorov,
und Oron Haim (v. li. n. re.)



Stilles Gedenken am Mahnmal im Weinhof vor der Synagoge in Ulm



Gedenkstunde im Stadthaus Ulm

Landtagspräsidentin Muhterem Aras: „Gedenken heißt, nach Ursachen von Ausgrenzung zu fragen“



Annika Schaberl (Violine), am Klavier begleitet von Iryna Schaberl





Begegnung mit Opferorganisationen an den Informationsständen





Führung durch die Synagoge



